

## **5. Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben**

Antrag der Redaktionskommission vom 29. Januar 2020

Vorlage 5543a

*Ratspräsident Dieter Kläy:* Wir kommen zuerst zu Teil B der Vorlage, der Redaktionslesung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft, und wir haben lediglich eine kleine formelle Änderung vorgenommen. Besten Dank.

*Redaktionslesung*

*B. Gegenvorschlag des Regierungsrates*

*Titel und Ingress*

*I. Das Polizeigesetz vom 17. April 2007 wird wie folgt geändert:*

*§ 51a*

*II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Schlussabstimmung über Teil B*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 112 : 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative zuzustimmen.**

*A. Beschluss des Kantonsrates über die kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»*

*Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I.*

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Ich möchte Ihnen die Position der SVP-Fraktion bekannt geben. Ich kann Ihnen sagen, wir sind erfreut darüber, dass der Gegenvorschlag durchgekommen ist. Ich habe es schon in der ersten Lesung angetönt, dass die SVP-Fraktion bereit ist, die Initiative aus Sicht der Fraktion zurückzuziehen, falls der Gegenvorschlag eine Mehrheit findet und kein Referendum ergriffen wird. Dies ist mittlerweile vom Initiativkomitee beschlossen worden. Der Beschluss ist publiziert worden. Das Initiativkomitee verzichtet auf die Initiative, wenn kein Referendum ergriffen wird.

Was haben wir erreicht? Wir wollen wieder eine einheitliche Lösung im ganzen Kanton Zürich. Wir wollen keine unterschiedlichen Lösungen im ganzen Kanton Zürich, sondern im ganzen Kanton – auch in der Stadt Winterthur und in der Stadt Zürich – ist jetzt das, was die Kantonspolizei ursprünglich machte, wieder Usus. Das haben Sie jetzt mit dem Gegenvorschlag beschlossen.

Die SVP-Fraktion ist zufrieden mit dieser Situation, wir möchten aber trotzdem festhalten, dass wir die Initiative ebenfalls unterstützen, denn sie verlangt noch etwas mehr, was der Gegenvorschlag eben nicht beinhaltet. Sie wissen es, es sind allfällige Doppelbürgerschaften, soweit sie bekannt sind, oder allenfalls der Migrationshintergrund, soweit dieser bekannt ist. Aber wir sind als SVP-Fraktion auch dafür bekannt, dass wir uns unterordnen oder kompromissbereit sind. Deshalb nochmals: Wir begrüßen es, dass wir, wenn kein Referendum zustande kommt, auf die Abstimmung verzichten können. Sollte aber von den Jungen Grünen, wie es bereits angekündigt ist, das Referendum ergriffen werden, freuen wir uns auf einen kantonalen Abstimmungskampf. Wir werden das Thema selbstverständlich gerne beflügeln in dieser Abstimmung, wenn Sie das denn wünschen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Rafael Steiner (SP, Winterthur):* Wir haben es gehört, die SVP zieht die Initiative zurück, wenn kein Referendum ergriffen wird. So wie es aussieht, hat sich die Situation aber geändert, deshalb ergreife ich jetzt hier auch nochmals kurz das Wort. Die Situation hat sich wegen der Ankündigung, die im Raum steht, verändert. Sie fragen sich jetzt vielleicht, weshalb trotzdem ein Teil der SP-Fraktion, auch wenn dieses Referendum angekündigt wurde, hier zugestimmt beziehungsweise den Ja-Knopf gedrückt hat. Die Initiative der SVP schürt Vorurteilen und sie verankert Rassismus in der Bevölkerung, denn sie suggeriert einen falschen Zusammenhang zwischen Staatsangehörigkeit, dem Schweizer Pass, und Kriminalität. Dieser Zusammenhang ist falsch. Diesen Zusammenhang bringt auch der Gegenvorschlag hinein. Was der Gegenvorschlag nicht tut: Er ist nicht so extrem wie die SVP-Initiative, indem er noch eine Ahnenforschung und irgendeinen Migrationshintergrund ausweisen will, und es gibt, wie schon letztes Mal gesagt, die Interessenabwägung. Ich gehe davon aus, dass die SP-Delegiertenversammlung, die letztlich die Parole beschliesst, zweimal die Nein-Parole beschliessen wird. Weshalb hat sich dennoch ein Teil der Fraktion dazu entschieden, vorerst den Ja-Knopf zu drücken? Es geht darum, dass wir der Bevölkerung eine Wahl lassen. Die Stimmbevölkerung darf entscheiden, welche Variante sie will. Sie darf die Variante 1 wählen, die Nationalität mit dem Migrationshintergrund zu nennen, sie darf die Variante 2 wählen, ohne Migrationshintergrund, aber sie darf eben auch zweimal Nein sagen. Sie darf die Variante 3 wählen, nämlich zweimal Nein, um zu sagen «Nein, wir sind dagegen, dass in Polizeimeldungen die Nationalitäten genannt werden». Wenn nun jemand die extreme SVP-Initiative nicht will, hat er oder sie die Möglichkeit, den Gegenvorschlag anzunehmen. Das ist ein demokratischer Gewinn, deshalb ist ein Teil der Fraktion weiterhin dafür, dass wir den Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung zur Abstimmung unterbreiten. Aber was

wir, wenn wir beides zur Abstimmung unterbreiten, eben auch können: Wir können zweimal Nein sagen. Wir können zweimal Nein sagen, sowohl zur Initiative wie zum Gegenvorschlag. Wir können uns klar dazu äussern: Wir wollen die Nationalitäten nicht automatisch in Polizeimeldungen sehen. Auf Nachfrage ist okay, denn wir wollen es ja nicht verstecken, sondern es geht einfach darum, diesen Automatismus zu unterbinden. Und zweimal Nein wäre auch ein Zeichen an die Regierung, dies auch auf kantonaler Ebene nicht mehr zu tun. Nur wenn wir dies zur Abstimmung unterbreiten, haben wir die Möglichkeit, zweimal Nein zu sagen. Ich freue mich auf den Abstimmungskampf, in dem wir den Menschen «Stimmt zweimal Nein, das ist das Richtige» näherbringen können.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht):* Ich spreche im Namen des Initiativkomitees zu Ihnen, als Mitunterzeichner der Initiative.

Wir haben, wie Sie vom Fraktionspräsidenten der SVP (*Martin Hübscher*) gehört haben, wir, das heisst das Initiativkomitee, haben diese Initiative bedingt zurückgezogen. Das heisst: Kommt es zu keinem Referendum, so ziehen wir die Initiative zurück und der Gegenvorschlag wird zum Gesetz. Wir freuen uns auch auf die Abstimmung, Herr Steiner, wenn es zu einer Abstimmung kommt. Ich gehe jetzt nicht auf Ihre ganzen Plattitüden ein, aber ich möchte Ihnen doch ein kurzes Beispiel dazu geben, warum dieser Gegenvorschlag eben nötig ist oder wäre und warum er richtig ist: Wir haben letzte oder vorletzte Woche einen ganz üblen Vorfall in der Stadt Zürich gehabt. In Altstetten wurde eine Polizistin lebensgefährlich verletzt. Es wurde dann bei der Stadtpolizei die Nationalität nachgefragt und es wurde gesagt, es sei ein Schweizer. Ich möchte wissen, ob das ein Schweizer oder ein Schweizer mit Migrationshintergrund ist. Und ich kann Ihnen hier sagen, Herr Steiner: Es ist ein Schweizer mit Migrationshintergrund, und das darf man auch wissen. Und damit habe ich geschlossen.

*Benjamin Fischer (SVP, Volketswil):* Kollege Steiner hat zwei Dinge gesagt, die mich stören, und im Gegensatz zu Kollege Amrein will ich jetzt auf diese Plattitüden eingehen: Es geht eben gerade nicht um Vorurteile, sondern es geht um Transparenz, damit man sich ein Urteil bilden kann. Es geht darum, dass man nicht von Vorurteilen beeinflusst wird, sondern dass die Journalistinnen und Journalisten machen, was sie tun müssen, nämlich sagen, was ist, damit wir die Fakten haben und man entsprechend auch reagieren kann. Wenn es Auffälligkeiten in einer Statistik gibt, wenn zum Beispiel Staatsangehörige aus Nigeria besonders häufig bei Drogendelikten im Bereich des Kokainhandels vorkommen, kann man auf ein Problem entsprechend reagieren und ist dann nicht mehr abhängig von Vorurteilen. Ich muss sagen, wir haben mit dem Gegenvorschlag etwa 90 Prozent von dem erreicht, was wir wollten. Das Wichtigste, was wir wollten, haben wir also mit dem Gegenvorschlag erreicht, und das ist auch gut so. Aber die Initiative hat natürlich darüber hinaus noch zusätzliche Vorteile: Für den Migrationshintergrund müssen wir keine Ahnenforschung betreiben, es gibt viele Möglichkeit, dies einfach und pragmatisch umzusetzen, indem man klar definiert, wo ein Migrationshintergrund angegeben werden muss und wo eben nicht.

Der Fraktionspräsident hat es gesagt und ich als Parteipräsident kann es nur noch einmal wiederholen: Wir freuen uns sehr auf einen solchen Abstimmungskampf. Wir sind bereit, hier einen pragmatischen Weg zu gehen, wenn der Gegenvorschlag dann auch wirklich in Kraft treten kann. Aber wenn das Referendum ergriffen wird, dann gehen wir mit grosser Freude in diesem Abstimmungskampf. Die Menschen in diesem Kanton wollen wissen, was ist, wollen Transparenz haben. Und dann werden wir ganz klar für zweimal Ja und in der Stichfrage natürlich für unsere Initiative werben. Besten Dank.

*Laura Huonker (AL, Zürich):* Schon der Gegenvorschlag hätte in meinen Augen geistreicher ausfallen dürfen. Wennschon würde die obligatorische Nennung von Bildungsniveau sowie steuerbarem Einkommen und Vermögen neben Alter und Geschlecht und Nationalität eine realistische und genaue Information liefern, statt kurzfristigem Schüren von Angst in längst nicht mehr freien Medien inflationär Raum zu geben. Denn so, wie ich das sehe, geht es der SVP einzig um Stimmungsmache gegen jene, die sie früher schon mit Messerstecher- und Kosovaren-Inseraten ins Visier genommen hat, also jene Einwanderergruppen unter anderem, für welche gewisse Kreise unterdessen den noch unsäglicheren Begriff der sogenannten Südmigration kreiert haben. Wir kennen sie alle, die Messer-, Wurm-, Ratten- und Schafplakate der SVP. Sie waren und sind allesamt diskriminierend, ganze Ethnien verunglimpfend, und sie folgen in ihrer Bildsprache ganz und gar dem Propagandastil der Nazis. Die SVP steht damit in einer Linie mit dem Politikstil und der Wortwahl bedenklicher Figuren, wie Orbán (*Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident*), Erdoğan (*Recep Tayyip Erdoğan, türkischer Präsident*), Bolsonaro (*Jair Bolsonaro, brasilianischer Präsident*) oder Trump (*Donald Trump, amerikanischer Präsident*).

Aus der Sicht der Alternativen Liste ist weder der Gegenvorschlag des Kantonspolizeioberhauptes (*gemeint ist Regierungsrat Mario Fehr*) noch die SVP-Initiative eine Option. Wir sind für die Beibehaltung der bisherigen Praxis, wie sie Stadtrat Richard Wolff einführte. Letztere lässt auch zu, das kann man ruhig sagen, dass gerade jene Journalisten, die zu Nationalitätenhetze neigen, auf Anfrage die gewünschten Nationalitätenangaben weiterhin erhalten und somit auch einschlägig verwenden können. Und vielleicht noch dies an die Adresse der SVP: Ihr wechselt die Vorgaben eurer verbindlichen Abmachungen sehr einseitig. In der vorberatenden Kommission war die Bedingung noch die Mehrheit für einen Gegenvorschlag, heute gibt es schon wieder neue Vorzeichen. Das ist bereits schon unfair, und genauso wird auch dieser Abstimmungskampf ablaufen: unfair. Und wer nichts dazu zu sagen hat, sind die, die es betrifft. Daher wünsche ich diesem Kanton tatsächlich eine ruhigere Fahrt in dieser Sache.

*Andrea Gisler (GLP, Gossau):* Der Gegenvorschlag ist nicht extrem. Tatsachen zu benennen, ist nicht ausländerfeindlich. Ausländerfeindlich sind allenfalls die Schlüsse, die aus den Tatsachen gezogen werden. Wird die Nationalität nicht angegeben, öffnet das viel Raum für Spekulationen und Verschwörungstheorien. In

gewissen Kreisen wird dann gemutmasst, man wolle die Kriminalität von Ausländern bewusst verschleiern. Genau das ist es, was die Diskriminierung und Rassismus nährt. Wird hingegen die Nationalität genannt, dann wird klar, dass auch viele Schweizer Gewalt ausüben, dass sie stehlen und auf den Strassen rasen. Der Gegenvorschlag entspricht der heutigen Praxis der Kantonspolizei, die sich bewährt hat, der Gegenvorschlag kann also nicht so schlecht sein.

Warum reden wir heute überhaupt über die Initiative und den Gegenvorschlag? Weil die SVP des Kantons Zürich die neue Stadtzürcher Praxis nicht akzeptieren will. Die Vermutung liegt nahe, dass es den Initianten gar nicht so sehr um die transparente Information der Bevölkerung geht, vielmehr dürfte ausschlaggebend sein, die ungeliebte rotgrüne Stadt Zürich zu disziplinieren. Das hat nun einen Teil der vor allem Stadtzürcher Kantonsräte und Kantonsrätinnen bewogen, auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Das halte ich für taktisch sehr unklug. Die Initiative hat an der Urne Chancen, und das gilt es zu verhindern. Deshalb ist es wichtig, dass der Gegenvorschlag bestehen bleibt und so in Kraft treten kann.

*Simon Schlauri (GLP, Zürich):* Die heute in zweiter Lesung diskutierte Initiative der SVP will, dass in Polizeimeldungen kantonsweit die Nationalität von Tatverdächtigen und Opfern und weiteren Personen genannt wird. Zudem soll auch ein allfälliger Migrationshintergrund genannt werden, selbst wenn die Betroffenen längst Schweizer sind.

Wie wir in der ersten Lesung auch vom Vertreter der SVP selber gehört haben, hat die Initiative erhebliche Mängel. Gerade die Forderung, dass auch der Migrationshintergrund genannt werden soll, ist praktisch kaum umzusetzen, weil man das im Moment der Pressemitteilung gar nicht weiss. Das Kriterium des Migrationshintergrunds, das da in leicht erkennbarer Absicht, das Schweizer Volk zu spalten, mit dieser Initiative ins Gesetz hineingeschrieben würde, ist zudem viel zu schwammig. Dieses Kriterium muss auf jeden Fall weg, da sind wir uns hier im Rat eigentlich einig – bis auf einzelne Exponenten der SVP.

Wie wir ebenfalls in der ersten Lesung schon gehört haben, hat die Presse schon heute die Möglichkeit, die Nationalität der an Delikten Beteiligten bei der Polizei zu erfragen, und das tut sie auch mit einiger Regelmässigkeit. Die Nationalität von Tatverdächtigen und Opfern steht also schon heute regelmässig in der Zeitung. Die wahren Gründe für Kriminalität liegen, wie wir auch schon gehört haben, kaum in der Nationalität der Leute. Sie liegt vielmehr in der sozialen Schichtung unserer Gesellschaft. Oder anders gesagt: Eine Person, die am Rand unserer Gesellschaft steht, wird erfahrungsgemäss halt eher kriminell, weil sie vielleicht aus wirtschaftlicher Not handelt. Wie ich schon letztes Mal gesagt habe, sind das die Dinge, über die wir in der Politik sprechen sollten. Wenn Sie auf der Nationalität herumreiten, erwischen Sie die Falschen. Dies ist auch der Grund, warum jene Minderheit der Grünliberalen Fraktion, für die ich heute spreche, auch den Gegenvorschlag ablehnt. Das Kriterium der Nationalität ist aus unserer Sicht per se unsachlich und es suggeriert in unnötiger Weise, dass Ausländer krimineller seien als Schweizer. Dies ist beim Gegenvorschlag, wenn wir ehrlich sind, nicht anders.

Unsere Minderheit stört zudem sowohl an der Initiative als auch am Gegenvorschlag, dass man sich vom Kanton her mal wieder in die Belange der Stadt Zürich einmischen will. Initiative und Gegenvorschlag wollen ein Problem lösen, dass wir hier in der Stadt gar nicht als Problem sehen. Wir in der Stadt sind der Meinung, dass man die Nationalität nicht noch ausdrücklich betonen sollte in Pressemitteilungen der Polizei, weil eben die Nationalität gar kein sachlich relevantes Kriterium ist für die Frage, ob jemand kriminell ist. Wenn wir aber ehrlich sind, ist der Unterschied zwischen der heute gelebten Praxis und dem Gegenvorschlag vom Ergebnis her natürlich nicht besonders gross. Die Nationalität steht, wie gesagt, schon heute in der Zeitung. Nach der in der Stadt gelebten Praxis informiert die Polizei einfach passiv, nämlich nur auf Anfrage der Medien. Die SVP und der Gegenvorschlag wollen die Zürcher Stadtpolizei demgegenüber verpflichten, aktiv zu informieren. Es geht also genau gesehen nur um eine Formalie, aktive oder passive Information. Das Ergebnis ist das gleiche: In beiden Fällen steht die Information in der Zeitung. Nun müssen wir aber feststellen, dass diese Formalie ausserhalb des Rates viel emotionaler aufgenommen wird, als man es angesichts dieses kleinen Unterschieds erwarten würde. Viele Mitglieder der Grünliberalen verstehen generell nicht, warum die Polizei eine sachlich gar nicht relevante Information überhaupt erwähnen soll – aktiv. Sie verstehen diese Kommunikation per se als gegen Ausländer gerichtet und sie halten sie aus den genannten Gründen für unsachlich. Die SVP hat dieses Thema lanciert, in der für sie typischen Art, aus sachlichen Mücken emotionale Elefanten zu machen.

Weil in der ersten Lesung noch die Hoffnung bestand, die Sache, ihrer Bedeutung gemäss, ohne viel Aufhebens und ohne Abstimmung zu erledigen, hat die GLP-Fraktion den Gegenvorschlag damals noch unterstützt. Wir gingen davon aus, dem Volk erklären zu können, dass diese aus sachlicher Sicht unbedeutende Diskussion den Aufwand einer Abstimmung schlicht nicht wert ist. Nachdem von den jungen Links-grünen die Abstimmung nun erzwungen werden soll, haben wir für diese Position aber keinen Grund mehr. Deshalb hat die GLP für uns intern Stimmfreigabe beschlossen. Worüber wir uns einfach sehr ärgern, offen gesagt, ist, dass die jungen Links-grünen nun erreicht haben, dass wir wieder über Ausländer sprechen werden statt über das Klima; das haben Sie wirklich gut hinbekommen, Gratulation!

Wir sind der tiefen Überzeugung, dass unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft in den vergangenen Jahren sehr stark von der Migration profitiert hat. Wir Grünliberalen stehen für die Ausländer in unserer Gesellschaft. Wir sind vielfältiger geworden, wir sind lebendiger geworden und gerade auch wirtschaftlich sind wir innovativer geworden. Denken Sie an all die Migranten, die es in der Schweiz wirtschaftlich zu etwas gebracht haben. Wir glauben umgekehrt auch, dass der Zugang zu ausländischen Arbeitsmärkten für viele Schweizerinnen und Schweizer eine Bereicherung darstellt. Eine Million Schweizer leben im Ausland, und dieser Zugang ist wichtig. Wir bekommen diesen Zugang ausschliesslich dann, wenn wir auch Gegenrecht wahren. Viel wichtiger als die Nationalität ist aus unserer grünliberalen Sicht der Zusammenhalt der Gesellschaft, wie er heute in der

Stadt und im Kanton Zürich existiert, und dieser Zusammenhalt wird nicht gefördert, wenn wir Ausländer durch suggestive Polizeimeldungen pauschal an den Pranger stellen.

Aus diesen Gründen, wie gesagt, hat unsere Fraktionsminderheit grosse Zweifel am Gegenvorschlag. Die Fraktion hat in dieser Sache deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Sie ermöglicht der Kantonalpartei vor allem auch einen unbefangenen Entscheid, ob sie den Gegenvorschlag unterstützen will oder nicht.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Es wird ja jetzt wohl eine Volksabstimmung geben. Das ist die Gelegenheit, auch aus linker Sicht breit über dieses Thema zu sprechen. Es geht nicht darum, dass wir als Linke dieses Thema vermeiden, sondern es ist unsere Aufgabe, diese Diskussion neu zu prägen, denn das Thema «Ausländerinnen und Ausländer» ist im Kanton Zürich wirklich ein wichtiges Thema. Im heutigen Polizeigesetz finden wir in Paragraf 51a die Bestimmung, dass bei Information das öffentliche Interesse mit den schützenswerten Interessen Privater oder den schützenswerten Interessen des Gemeinwesens abgewogen werden muss. Es ist heute also nicht verboten, über die Nationalität von Tatverdächtigen zu informieren. Und die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Winterthur nennen die Nationalität, wie Sie alle wissen, standardmässig. Offenbar ist man der Meinung, dass das öffentliche Interesse an der Nationalität sehr hoch ist. Die Folgen dieser aktiven Nennung sind aber nicht zu übersehen und die Nennung wirkt sich nachteilig auf das Zusammenleben aus. Studien zeigen zum Beispiel klar auf – es gibt das Beispiel der aktuellen Hamburger Studie von Thomas Estermann –, dass durch die standardgemäss Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen Vorurteile gegenüber der ausländischen Bevölkerung geschürt werden. Und das Schüren von Vorurteilen widerspricht den Interessen des Gemeinwesens und der Privaten. Daher kann man die heutige Praxis der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Winterthur kritisch hinterfragen.

Bemerkenswert ist auch, dass die Nennung der Nationalitäten bis vor einiger Zeit völlig unüblich war. Erst als die SVP und ähnlich gelagerte Parteien begonnen haben, das Ausländerproblem herbeizureden und Ausländerinnen und Ausländer an den Pranger zu stellen, haben die Medien diese Information höher gewichtet. Das Herumreiten auf der Nationalität wurde salonfähig, obwohl klar ist, dass der Zusammenhang, die Ursache der Kriminalität, viel komplexer ist. In letzter Zeit ist es ruhiger geworden. Die Stigmatisierung von Ausländerinnen und Ausländern ist leicht zurückgegangen. Und es ist erfreulich, dass die Stadt Zürich seit zwei Jahren dieser positiven Entwicklung Rechnung trägt und die Nationalität nur noch auf Anfrage bekannt gibt. Das ist übrigens gar nicht so aufwendig, wie ab und zu behauptet wird. Zu Beginn der neuen Praxis gab es tatsächlich viele Nachfragen, es waren etwa 50 Anfragen pro Monat. Dann sind die Anfragen im letzten Jahr drastisch gesunken, es waren noch etwa zehn pro Monat, das heisst im Schnitt zwei, allenfalls einmal drei Anfragen pro Woche. Hier zu sagen, das sei ein exorbitanter Aufwand, ist schlicht übertrieben.

Die Nennung von Nationalitäten soll mit dem Gegenvorschlag nicht nur geduldet, sondern vorgeschrieben werden. Da wird versucht, das leidige Thema wieder zu

forcieren und die positive gesellschaftliche Entwicklung abzubremsen. Die Stadtpolizei hat dank dem heute liberal formulierten Gesetz einen pragmatischen Weg gefunden, dieser Weg passt auch der Bevölkerung der Stadt Zürich. Und es wäre zu wünschen, dass auch die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Winterthur mit der Zeit diesen Weg einschlagen würden und so die schützenswerten Interessen, wie zum Beispiel der Wunsch, nicht stigmatisiert zu werden, auch tatsächlich geschützt werden.

*Josef Widler (CVP, Zürich):* Die CVP war darüber erfreut, dass es dem Parlament gelungen ist, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der eigentlich der heutigen Praxis entspricht. Jene, die jetzt hier dieses Thema wieder auswalzen, sei es links oder rechts, die jetzt die Diskussion wollen, sie werden die gehässige Diskussion über die Fremdenfrage erst wieder in Gang bringen. Eigentlich hätte man vernünftig und verantwortungsvoll dieses Thema behandeln können. Aber die Hetze wird kommen: Die Linken werden zeigen, was alles falsch ist, und die Rechten werden zeigen, was alles falsch ist, und der Fremdenhass wird zunehmen. Und diese Verantwortung tragen Sie, die Sie jetzt einen guten Kompromiss vors Volk schleppen wollen. Das ist unverantwortlich, und ich werde Sie dann im Abstimmungskampf daran erinnern, dass Sie die Verantwortung tragen, dass gehässige Kommentare in den Medien zu finden sind.

Die CVP hat diesen Gegenvorschlag unterstützt und unterstützt es auch, dass kein Referendum ergriffen wird und dass natürlich die Initiative zurückgezogen wird. Ich appelliere an Ihre politische Verantwortung.

*Angie Romero (FDP, Zürich):* Etwas möchte ich klarstellen beziehungsweise nochmals betonen: Wer zweimal Nein sagt zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag, verhindert damit nicht, dass in Polizeimeldungen die Staatsangehörigkeit angegeben wird. Bei zweimal Nein würde die heutige Praxis weiterbestehen und die Stadtpolizei Zürich würde weiterhin bei jeder Polizeimeldung Anfragen von Medienschaffenden zur Nationalität erhalten. Und sie würde diese auch kommunizieren, genauso wie die Kantonspolizei. Im Endeffekt würde keine Staatsangehörigkeit weniger genannt. Beim vorliegenden Geschäft geht es nämlich nicht um die Frage, ob die Staatsangehörigkeit von Tätern und Tatverdächtigen überhaupt öffentlich gemacht werden soll oder nicht. Auch die Stadtpolizei Zürich stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Nennung von Staatsangehörigkeiten; dies zu Recht. Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf transparente Information. Es geht lediglich darum, ob die Medien zuerst nachfragen müssen. Wer gegen den Vorschlag ist, ist somit schlicht gegen einen Abbau nichts bringender Bürokratie.

*Hans Finsler (SVP, Affoltern a. A.):* Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der mir gegenüberliegenden (*linken*) Ratsseite, es geht ja beim vorliegenden Thema gar nicht um das Schüren von Vorurteilen und um die Schaffung von Diskriminierungen, wie Sie jetzt mehrfach behauptet haben. Die Belegung der schweizerischen Strafanstalten spricht eine deutliche Sprache, und das ist auch

keine Diskriminierung. Ich kenne die präzise Zahl jetzt nicht, aber unsere Strafanstalten sind zu weit mehr als 50 Prozent von Ausländern besetzt. Das ist kein Vorurteil und keine Diskriminierung, sondern ein belegtes Urteil. Wenn Sie davon ausgehen, dass die Realität eine andere sei, dann ist das nichts anderes als Realitätsverweigerung, was Sie betreiben. Das wird vom Bürger und vom Wähler nicht gestützt, er hat einen Anspruch auf Information, um seine Urteile überprüfen und eben allenfalls als Vorurteile feststellen zu können. Es wird sich also zeigen, dass es eben nicht Vorurteile, sondern begründete Urteile sind. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Lassen Sie mich zuerst der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, KJS, Danke sagen. Sie hat gute Arbeit geleistet, sie hat rasch und weise reagiert und uns einen guten Gegenvorschlag präsentiert. Der Gegenvorschlag ist eigentlich eine gesetzliche Grundlage für die gängige Praxis, wie sie bisher bei der Kantonspolizei üblich war. Mit der neuen Regelung haben wir Transparenz und klar im ganzen Kanton die gleichen Spielregeln. Sie gelten für alle Korps und alle Polizeibehörden im ganzen Kanton in gleicher Weise. Was jetzt passiert, wenn das Referendum von den Jungen Grünen wirklich ergriffen wird: Es kommt zu einem Abstimmungskampf. Und wir alle wissen, dass dieser gehässig wird, und er geht vor allem zulasten der Bevölkerung mit ausländischem Pass oder Wohnsitz, Leuten, die nicht hier in der Schweiz mit dem Schweizer Pass geboren wurden. Sie werden die Opfer der Abstimmung sein. Diese Opfer haben die zu verantworten, die jetzt diesen Kompromiss angreifen und nicht akzeptieren können. Ich denke, es ist wichtig, dass man sich dessen bewusst wird. Es braucht auch politische Verantwortung, und ich appelliere an Sie: Nehmen Sie diese Verantwortung wahr, Sie haben die Chance jetzt noch. Bitte nehmen Sie die Verantwortung wahr, die Sie hier in diesem Rat haben.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Es ist eigentlich erstaunlich, wie Sie hier wieder den Gärtner zum Bock machen wollen. Tatsache ist doch, dass während Jahrzehnten das Problem, das wir hier und heute besprechen, gar nie zu einem Problem geworden ist. Es waren Ihre Exponenten in den Exekutivbehörden der Stadt Zürich, die das aus irgendeinem Grund gekippt haben, sodass man die Nationalität nicht mehr nennen konnte. Und von wegen «man habe sich in der Kommission nicht ans versprochene Wort gehalten» und ohne jetzt das Kommissionsgeheimnis zu ritzen: In der Kommission waren wir einhellig der Meinung, von ganz extrem links bis zu den Bürgerlichen, dass wir den Gegenvorschlag unterstützen. Und wir von der SVP haben sogar von der ersten Stunde an gesagt: Wenn der Gegenvorschlag ohne Wenn und Aber durchgeht, würden wir beziehungsweise würde das Initiativkomitee der SVP die Initiative zurückziehen. Es ist also grundfalsch, wenn die linke Seite uns nun vorwirft, wir würden dieses Thema beackern, wenn es doch bis dato nie ein Problem gewesen war und weil es ja gerade Ihre Klientschaft in Ihrem Stadtrat von Zürich war, die dieses Thema aufgegriffen hat. Es gibt keinen erklärbaren Grund, warum wir jetzt von der einhelligen Kommissionsmeinung, vom Gegenvorschlag wieder abrücken müssen. Sie giessen ja Öl

ins Feuer. Sie wollen ja mit allen Mitteln ein Referendum ergreifen, von dem Sie ja jetzt schon wissen, dass Sie es verlieren. Es gab kürzlich verschiedene Meinungsumfragen. Über solche kann man immer diskutieren, aber es waren drei verschiedene Medientitel, die Umfragen gemacht haben. Es waren zwischen 72 und 78 Prozent – bis 24'000 Personen haben mitgemacht –, die gesagt haben, die Nationalität gehöre in diese Medienmitteilungen. Bevor Sie das Referendum ergreifen, kann ich Ihnen schon garantieren: Diese Schlacht verlieren Sie. Und insgeheim darf ich Ihnen noch einen Tipp geben: Ich bin gottenfroh, wenn Sie hier das Referendum ergreifen, denn dann haben wir eine Plattform und dann sehen Sie mich auch wieder einmal als Sieger auf diesem politischen Parkett.

*Claudio Schmid (SVP, Bülach):* Ich möchte das, was René Isler jetzt erläuterte, noch präzisieren: Es waren Min Li Marti und Samuel Dubno, die dieses Postulat 2015 im Stadtparlament von Zürich initiiert haben. Sie haben die Täternennung auf städtischem Territorium verbieten wollen. Das hat der Ressortvorsteher Sicherheit, Richard Wolff, dann auch umgesetzt. Und mit einer Pressemitteilung am 7. November 2017 wurde dieser Stadtratsbeschluss in Zürich dann verkündet. Wir als Partei haben dann unverzüglich diesen Ball aufgenommen und diese Initiative lanciert. Ich wiederhole mich zu meinen Ausführungen in der ersten Lesung: Ich hätte eine parlamentarisch Initiative gemacht. Man muss nicht unbedingt jedes Mal mit Kanonen auf Spatzen schießen, wie in diesem Fall, aber sehr gerne nehmen wir diesen Auftrag an. Rafael Steiner, es sind nicht wir, es sind die Stimmbürger, die das dann entscheiden und diese Kreuzchen auf den Abstimmungsunterlagen machen können. Auch die Thematik mit dem Migrationshintergrund hat schon eine neue Qualität im Jahr 2020, wenn Sie wissen, dass Ihre Partei unter der Führung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga die ersten Passwegnahmen gemacht hat. Seit 70 Jahren haben Sie die ersten Pässe von Eingebürgerten infolge Terrorismus weggenommen. Das Thema bleibt realistisch und hat nichts mit Ahnenforschung zu tun. Besten Dank.

*Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten):* Ein paar Worte an die CVP und die EVP. Die Schuld am hässlichen Abstimmungskampf tragen nicht diejenigen, die diese Abstimmung vors Volk bringen, tragen nicht diejenigen, die aus der Bevölkerung heraus das Referendum ergreifen. Schuld daran sind diejenigen, welche den Abstimmungskampf hässlich machen. Schuld trägt die SVP, die gegen Ausländerinnen und Ausländer hetzt (*Unruhe und Zwischenrufe von der rechten Ratsseite*). So, jetzt hören Sie mir bitte mal zu! Sie machen seit Jahren Politik auf tiefstem Niveau, xenophobe Politik, menschenverachtende Politik. Kennen Sie Ihre Gegnerinnen und Gegner, liebe EVP und CVP, sonst wird es verdammt gefährlich. Besten Dank.

*Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich):* Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber jetzt sehe ich mich doch dazu veranlasst. Zunächst möchte ich mal sagen: Ich habe auch Migrationshintergrund. Ich bin eingebürgert, meine Eltern sind in die

Schweiz eingewandert. Es ging ihnen wirtschaftlich nicht gut. Und Welch Wunder, sie wurden nicht kriminell, obwohl sie kein Geld hatten. Es geht also. Und ich weiss als Sohn von Einwanderern, dass Einwanderer nicht einfach hierherkommen und, wenn sie eingebürgert sind, einfach so sind wie alle anderen. Sie bringen ihre Kultur mit, sie bringen auch abweichende Wertvorstellungen mit, zum Teil auch sehr stark abweichende Wertvorstellungen, und sie bringen auch ihre Konflikte mit aus den Ländern, aus denen sie herkommen. Diese abweichenden Wertvorstellungen spiegeln sich dann irgendwo wider, sie kommen dann irgendwo zum Ausdruck und sind dann vielleicht nicht immer mit unserer Rechtsordnung kompatibel. Und wenn jetzt hier gesagt wird, der Pass sei ja gar nicht so ausschlaggebend, dann muss ich sagen: Ja gut, vielleicht überleben diese abweichenden Wertvorstellungen auch einmal eine Einbürgerung, und dann ist vielleicht sogar der Migrationshintergrund wichtiger als der Pass, was dann ja eher für die Initiative sprechen würde. Und wer das verleugnet, wer sagt, das stimme nicht, der verleugnet wirklich die Realität. Aber wir sind bereit, hier den Kompromiss zu gehen. Es soll niemand sagen, wir seien nicht kompromissbereit. Ich verstehe nicht, wieso man dazu jetzt nicht Hand bieten kann. Wenn hier noch vom hässlichen Abstimmungskampf die Rede ist, dann sage ich einfach: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Wenn ich mich richtig erinnere, sahen wir AL-Plakate, auf denen Immobilienbesitzer als Haie dargestellt wurden. Also bitte die Kirche im Dorf behalten, danke.

*Andrew Katumba (SP, Zürich):* Die Diskussion nimmt jetzt ein unterirdisches Niveau an. Herr Hoffmann, Sie sprechen von sich als jemand mit Migrationshintergrund, aber hier in diesem Rat geben Sie diesen nicht bekannt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Migrationshintergrund nennen und sagen würden, warum Sie ein guter Ausländer sind. Danke. (*Heiterkeit*)

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Erlauben Sie mir zuerst ein Zitat zu nennen: «Bei manchen Reden kann von Reden keine Rede sein.» So bin ich mir vorhin hier drin vorgekommen. Ganz unterirdisch wird es dann, wenn man der Gegenseite xenophobe Politik, menschenfeindliche Politik und als Höhepunkt von der Vertreterin der Kommunisten «Nazi» unterstellt bekommt, Frau Huonker. Frau Rigoni, die Nationalitätennennung wirkt sich nicht nachteilig aus, nein, sie ist nötig. Sie ist nötig, ich habe Ihnen anfangs das traurige Beispiel der schwerverletzten Polizistin in Altstetten genannt, die Nationalitätennennung ist nötig. Und Herr Schlauri, die Kriterien für den Migrationshintergrund seien viel zu schwammig. Überhaupt nicht, Sie können sofort feststellen, ob jemand eingebürgert wurde oder nicht. Und die Einbürgerung des Täters von Altstetten hat nicht gegriffen, da wurde ein Fehler gemacht, diese Aussage mache ich hier drin. Es soll der Migrationshintergrund genannt werden – das haben wir Initianten gesagt –, genau aus diesen Gründen. Denn es muss bei unseren Einbürgerungen korrigiert werden. Wir müssen noch genauer hinschauen und wir müssen vor allem besser bilden und bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Leute haben,

die hierher zu uns kommen. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Wenn der Gegenvorschlag zur Abstimmung kommt, wird er – davon bin ich überzeugt – vom Zürcher Volk haushoch angenommen. Und ich freue mich auf den Abstimmungskampf.

*Benjamin Fischer (SVP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal:* Ich rieche die Angst, ich rieche sie vonseiten der Mitte. Wir haben keine Angst vor einem demokratischen Prozess, vor einer Abstimmung. Wir haben keine Angst davor, diese Vorlage der Bevölkerung vorzulegen, damit die Bevölkerung klar sagen kann, was sie davon hält. Diese Argumentation, ja, sie wird tatsächlich immer absurder, wobei nicht zuletzt das Votum von Kollege Katumba zur Absurdität beigetragen hat, ich habe es bis jetzt nicht verstanden. Aber wenn man uns Rassismus oder Nazi-Zeug vorwirft – das Wort ist vorhin tatsächlich gefallen –, dann ist das das Absurdeste überhaupt. Wissen Sie, es gibt keine Partei, die so viel gegen den Rassismus getan hat wie die SVP (*Heiterkeit*). Ich habe diese Reaktion erwartet, natürlich habe ich diese Reaktion erwartet, aber wissen Sie, ein bisschen Reflektion wäre wichtig. Warum hat die SVP am meisten gegen Rassismus getan? Weil wir die Thematik auf den Tisch bringen, weil man sie nicht versteckt, weil Menschen, die die Problematik in ihrem Alltag erkennen, die damit konfrontiert werden, mit diesem spezifischen Problem der Ausländerkriminalität, weil dann diese Menschen nicht die Faust im Sack machen müssen, sondern wir zeigen diesen Menschen: Ja, man kann diese Probleme angehen. Man kann sie offen ansprechen. Man kann Lösungen finden im demokratischen Prozess, in der demokratischen Arena. Ich habe immer gesagt: Wenn es Pegida-Demonstrationen (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*) in der Schweiz gibt, dann hat die SVP versagt. Denn es ist unsere Aufgabe, dass all diese Menschen, die mit dieser Problematik konfrontiert werden, wissen: Es gibt eine Partei, die diese Probleme ernst nimmt und diese im demokratischen Prozess, in der öffentlichen Arena diskutiert. Nicht zuletzt deshalb haben wir auch nicht diese Zustände wie in Deutschland zum Beispiel momentan, wo ich mit grosser Besorgnis eine massive Extremisierung auf allen Seiten wahrnehme, ein Auseinanderbewegen der Pole. Kompromisse sind dort nicht mehr möglich, weil man nicht offen über Themen sprechen kann und weil diese Verhärtung stattfindet. Und hier hat die SVP in den letzten Jahrzehnten sehr viel zu einem positiven und konstruktiven Diskurs beigetragen, und das tun wir auch heute Morgen. Mir als Parteipräsidenten ist es egal: Entweder haben wir den Gegenvorschlag – damit haben wir die Hauptforderung erreicht, wir sind kompromissbereit – oder ihr ergreift das Referendum, und dann gehen wir mit viel Freude in diesen Abstimmungskampf. Besten Dank.

*Tobias Mani (EVP, Wädenswil):* Jetzt sind wir fast schon dort gelandet, wo wir als Kommission eigentlich gar nicht hinwollten. Es gibt fast nichts Neues, und trotzdem reden wir alle. Das Einzige, was neu ist, ist, dass die SVP das macht, was sie schon angekündigt hat, dass sie die Initiative bedingt zurückzieht, unter dem Vorbehalt, dass der Gegenvorschlag Gesetz wird. Und das Zweite, das neu

ist: Wir haben gehört, dass die Jungen Grünen und andere linke Kreise das Referendum androhen.

Nun gut, das ist das gute demokratische Recht, ein Referendum zu machen. Das Volk kann dann zwischen drei Varianten entscheiden: Dem Status quo, dem Gegenvorschlag, der dann eine einheitliche Praxis vorschreibt, oder der Initiative.

Ich möchte nochmals festhalten: Der Gegenvorschlag des Regierungsrates ist nicht ausländerfeindlich, sondern dient nur der Transparenz. Es werden Fakten benannt, keine Vorurteile geschürt. Es ist ein guter Kompromiss, der an der bewährten Praxis der Kantonspolizei anknüpft.

Das Referendum wird dem Anliegen nicht dienen, im Gegenteil: Es wird einen nicht sachlichen, emotionalen Abstimmungskampf auf dem Buckel von Ausländerinnen und Ausländern geben. Und es besteht die immanente Gefahr, dass die Initiative obsiegt. Junge und linke Kreise, die das Referendum ergreifen möchten, pokern hoch. Es dient der ganzen Bevölkerung, wenn wir transparent informieren, auch den Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Schweizer Pass.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Herr Hoffmann, das war jetzt wirklich ein bemerkenswertes Beispiel für das simple politische Weltbild der SVP. Ausländerinnen und Ausländer bringen abweichende Wertvorstellungen mit, habe ich gehört. So eine verkürzte Kausalität ist einfach ein Holzweg. Ich muss Ihnen sagen, auch innerhalb der Schweizer Bevölkerung haben wir unterschiedliche Wertvorstellungen, und gerade diese Diskussion zeigt doch, wie das wirklich ist. Ihre Wertvorstellungen, liebe SVP, sind wirklich befremdend.

*Claudio Schmid (SVP, Bülach) spricht zum zweiten Mal:* Das Votum von Hannah Pfalzgraf muss ich zurückweisen und werde das jetzt auch begründen: Am 25. Februar 2020 hat Samuel Althof (*Schweizer Extremismus-Experte*) in einem ausführlichen Gespräch auf Radio SRF 1 über Mittag nach den Serien und Anschlägen in Deutschland auf die Frage «Weshalb in der Schweiz nicht?» folgende Ausführung gemacht: Der Grund, weshalb in der Schweiz Rechtsextremismus unbedeutend und nicht mit jenem in Deutschland vergleichbar sei, liege an der historischen Entwicklung und vor allem an den politischen Strukturen. Er meint damit, dass die Bürger in diesem Land die Möglichkeit von Mitbestimmung haben. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass in den letzten zehn Jahren unsere Partei bei den Themen «Minarett», «Ausschaffung», «Masseneinwanderung» oder hier im Kanton Zürich «Sozialhilfe an Personen, die vorläufig aufgenommen sind» immer recht behalten und eine Mehrheit erzielt hat. Deshalb sind Ihre Vorwürfe an unsere Adresse mit absoluter Vehemenz zurückzuweisen. Besten Dank.

*Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Zunächst zu Andrew Katumba: Ich habe neben der schweizerischen noch die tschechische Staatsangehörigkeit, falls Sie das interessiert. Ich weiss aber nicht, was das hier zur Sache tun soll.

Zu Kollegin Silvia Rigoni: Wollen Sie mir ernsthaft erzählen, dass es keine Rolle spielt, ob ein Einwanderer aus Baden-Württemberg zu uns einwandert oder aus

Kabul? Das spielt eine Rolle. Natürlich muss man den Einzelfall anschauen, das ist völlig klar. Es ist auch völlig klar, dass man niemanden vorverurteilen darf und dass man jeden Menschen einzeln anschaut. Aber trotzdem werden Sie doch wohl anerkennen müssen, dass ein gewisser gesellschaftlicher Grundkonsens zum Beispiel in Deutschland anders ist als in Afghanistan oder in anderen Staaten von völlig unterschiedlichen Kulturen. Ich werte das hier ja gar nicht, ich sage nur: Es gibt Unterschiede, die grösser sind als die Unterschiede zum Beispiel innerhalb der Schweiz, die es ja sicher auch gibt, aber die nicht so gross sind. Ich verstehe nicht, wie Sie das leugnen können, für mich ist es eigentlich klar.

*Regierungsrat Mario Fehr:* Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Ich finde, diese Debatte hat eine gewisse ideologische Überhöhung erfahren. Wenn Sie die Praxis der Stadt Zürich sehen, die auf Anfrage die Nationalität bekannt gibt, und die Praxis der kantonalen Polizeidirektoren, die übrigens in allen Kantonen gilt, nicht nur im Kanton Zürich, die bei schweren Straftaten die Nationalität angeben, so ist die Differenz so gross letzten Endes auch nicht. Das hat auch die vorberatende Kommission erkannt, indem sie in aller Weisheit mit 15 zu null Stimmen – dies für diejenigen, die gesagt haben, man hätte etwas Fantasievolles machen können –, mit 15 zu null, Herr Schlauri, den Regierungsratsantrag unterstützt hat, im Sinne eines politischen Kompromisses. Ich habe das letzte Mal sehr vehement die SVP zu einem bedingten Rückzug ihrer Initiative aufgefordert, wenn der Gegenvorschlag greift. Sie haben dies erfüllt. Es ist auf der anderen Seite ein demokratisches Recht, gegen alles und jedes ein Referendum zu ergreifen. Von diesem Recht wollen die Jungen Grünen Gebrauch machen. Sie werden diese Volksabstimmung bekommen. Ich bin nicht sicher, ob sie das erreichen werden, was sie beabsichtigt haben, ich glaube es nicht. Wenn ich diese Debatte heute Morgen gehört habe – und Sie gehören ja zum gesitteten Teil der Zürcher Bevölkerung –, dann bin ich nicht so sicher, dass die Debatte dort enden wird, wo sie die Jungen Grünen haben wollen. Sei's drum, Sie haben jetzt diese Wahl.

Der Regierungsrat wird in der Volksabstimmung die Initiative ablehnen, weil es für uns nicht zweierlei Schweizerinnen und Schweizer gibt – Mann oder Frau ist entweder Schweizer oder Schweizerin oder eben nicht – und weil wir auf der anderen Seite den Gegenvorschlag unterstützen werden, weil er der bewährten Praxis der schweizerischen Polizeien entspricht und übrigens so auch in die schweizerische Polizeistatistik einfließen wird. Frau Gisler hat es wunderbar zusammengefasst, es ist ein sachliches Argument. Ich habe auch das Gefühl gehabt, dass Sie diese Polizeimeldungen nicht so genau lesen. Wie Sie, Herr Fischer, im Jahre 2020 den Drogenhandel an der Langstrasse noch den Nigerianern zuordnen können – ich glaube, Sie haben die letzte Polizeimeldung vor sieben oder acht Jahren gelesen, wahrscheinlich werden Sie das in der nächsten Zeit wieder mehr tun.

Der Regierungsrat wird sachlich informieren, er wird sich für den Gegenvorschlag einsetzen. Ich danke allen konstruktiven Kräften im Rat, die diesen Gegenvorschlag ermöglicht haben. Herr Steiner hat recht, die Bürgerinnen und Bürger haben die Wahl. Sie können wählen, der Regierungsrat wird auch wählen. Er hat

sich für den Gegenvorschlag ausgesprochen. Ich bin überzeugt davon, dass sich dieser auch in der Volksabstimmung durchsetzen wird. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage 5543a zuzustimmen und die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.**

*II.*

*Ratspräsident Dieter Kläy:* Ziffer II haben wir bereits behandelt.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*III.–V.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.